

Antrag

06.06.2022

Der Kreistag/ der zuständige Fachausschuss möge beschließen:

Die turnusmäßige indexbasierte Tariferhöhung im AVV zum 01.01.2023 wird ausgesetzt

Begründung:

Die Inflationsrate in Deutschland ist zurzeit so hoch wie zuletzt vor 50 Jahren. Angesichts der immens gestiegenen Sprit- und Energiepreise entlastet die Bundesregierung daher die Bürgerinnen und Bürger unter anderem mit dem 9 Euro-Ticket für den Nahverkehr für die Dauer von drei Monaten. Dieses Angebot bringt zahlreiche Menschen, die bislang den ÖPNV eher wenig oder gar nicht genützt haben dazu, Bus und Bahn auszuprobieren und zu nützen, das zeigen die aktuellen Verkaufszahlen für das Ticket. Ein Ziel des Angebots ist es, Bürger*innen auch langfristig für den ÖPNV zu gewinnen. Es macht den Nahverkehr attraktiver und hat so große, positive Auswirkungen auf den Verkehr und die Klimawende.

Eine Tariferhöhung im AVV würde diesen Effekt konterkarieren und ist den Nutzer*innen des ÖPNV nicht vermittelbar. Auch ist nicht damit zu rechnen, dass die hohe Kostenbelastung der Bürger*innen zum Jahresende endet. Deswegen soll der AVV auf die kommende indexbasierte Tariferhöhung verzichten. Die dadurch entstehenden Kosten werden anteilig von den Gesellschaftern getragen. Die voraussichtlichen Mittel werden in den Haushalt 2023 eingestellt.

Marion Brülls
Fraktionsvorsitzende

Stefan Lindauer
stv. Fraktionsvorsitzender